

Krise und soziale Bewegungen in Spanien und die EU?

1. Einleitung

Im April 2013 war Matteo Guainazzi von Attac Spanien in Marburg. Er hielt einen Vortrag über die „Soziale Krise und demokratischer Aufbruch in Spanien“. Die folgenden Ausführungen basieren auf Matteo Guainazzis Vortrag und den unten genannten Print- und Onlinequellen. Die Informationen zu „Ursachen der Europakrise“ stammen zu einem großen Teil aus *EuropaKrise – Wege hinein und mögliche Wege hinaus* von Karras, Anne und Stierle, Steffen.

2. Hauptteil

2.1 Ursachen der Europakrise

2.1.1 Strukturelle Ursachen

Das ökonomische Entwicklungsniveau in der EU-27 ist sehr unterschiedlich und die Industrialisierung nicht überall gleich ausgeprägt. Daraus folgt eine unterschiedliche Produktivität. Länder mit fortschrittlicheren Technologien können günstiger die gleichen Produkte herstellen. Zudem haben weniger wettbewerbsfähige Länder mehr Importe als Exporte. Dadurch fließt mehr Kapital raus als rein und die private und öffentliche Verschuldung im Land steigt an. Durch die Euro-Einführung ist keine Währungsabwertung mehr möglich. Das heißt, Produkte und Dienstleistungen des Landes können nicht mehr billiger und wettbewerbsfähiger gemacht werden. Die exzessive Exportstrategie Deutschlands basiert darüber hinaus auf einer Verbilligung der deutschen Produkte durch Steuersenkungen, Lohnsenkungen und Sozialdumping.

2.1.2 Folgewirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise

Die globale Krise ist 2007 als Immobilienkrise in den USA ausgebrochen. Ursache war ein spekulativ aufgeblähter Immobilienmarkt in den USA. Sie dehnte sich dann über eine Kredit- und Bankenkrise hin zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Es kam zu einer wirtschaftlichen Schrumpfung in der EU-Zone (2009: 4,1% durchschnittlich), was wiederum zu Arbeitslosigkeit und Haushaltsschwächung führte. Milliarden Euro an Steuergeldern wurden von den Regierungen für die Bankenrettung ausgegeben. Dadurch fand eine Umwandlung privater Schulden in öffentliche Schulden statt. Begründet wurde dies mit der Systemrelevanz der Kreditinstitute, sie seien „too big to fail“.

2.1.3 Spekulative Attacken gegen von der Krise betroffene Länder

Weiterhin verschärfen unmittelbare Attacken gegen hochverschuldete Länder die Krise. Wenn eine große Zahl von Spekulanten in Kreditausfallversicherungen investieren, gilt dies als Zeichen, dass der Zahlungsausfall tatsächlich wahrscheinlicher wird, obwohl z. B. kein Kredit hinter der Kreditausfallversicherung steht. Die Länder, gegen die spekuliert wird, müssen dann mehr Zinsen zahlen. Dadurch steigen sowohl die Schulden als auch wiederum die Zinsen an. Das bedeutet, dass Wetten auf die Pleite eines Staates diese Pleite selber herbeiführen können. Erschwerend kam hinzu, dass Ratingagenturen die von der Krise betroffenen Ländern abstufen. Wiederum stiegen die Zinsen und die Schuldenkrise weitete sich aus.

2.2 Ursachen der Spanienkrise

2.2.1 Einseitiges Wirtschaftswachstum

Den Großteil des ökonomischen Wachstums Spaniens machten Bausektor und Tourismus aus. 2011 betrug der Bausektor ca. 10% des BIP. In den Boom-Jahren 2000-2006 wurden in Spanien mehr Immobilien als in England, Frankreich und Italien zusammen gebaut. Immobilien waren riesige Spekulationsobjekte, wodurch die Preise schnell stiegen. Durch das Platzen der Immobilienblase gingen Millionen von Arbeitsplätzen verloren. Die meisten dieser Arbeitnehmer waren sehr jung und hatten ihre Ausbildungen unterbrochen, um einfaches Geld im Bausektor zu verdienen. Jetzt verfügten sie weder über eine Ausbildung noch über eine Arbeit. Aber auch für gut Ausgebildete fehlen Arbeitsplätze, da alle anderen Wirtschaftssektoren vernachlässigt wurden. Spanien produziert wenig (Industrie nur 15% des BIP 2011) und investiert nicht ausreichend in die Forschung.

2.2.2 Privatschulden und geringe Steuereinnahmen

In Spanien führte nicht die Verschuldung des Staates zur sozialen Krise, sondern die Schulden der Privatwirtschaft. Hauptsächlich Banken, Versicherungen und der Bausektor gehören zu den Verantwortlichen ($\frac{3}{4}$ der Gesamtschulden - private Schulden). Zum Vergleich: 2011 waren die Staatsschulden 69% des BIP in Spanien und 81% des BIP in Deutschland. Private Schulden machten 2011 dagegen 218% des BIP in Spanien, ohne den Finanzsektor, aus. Durch eine Verfassungsänderung von 2011 mussten schließlich Millionen fauler Vermögenswerte durch Staatshilfe gezahlt werden. Schulden zahlen wurde zur höchsten Priorität in Spanien, andere Bereiche wie Bildung und Soziales sind nachrangig und werden bedacht, wenn noch Geld übrig bleibt. Es folgten Kürzungen auf nationaler und lokaler Ebene.

Dazu gehörten Privatisierungen von Sozialeinrichtungen und Wasser, die Schließung von Krankenhäusern und Kürzungen bei den öffentlichen Schulen. Das bedeutet, dass Banken und der Bausektor mit Milliarden gefördert werden, obwohl sie die Krise verursacht haben. Die Unternehmen zahlen darüber hinaus zu wenig Steuern, 2011 haben große Unternehmen von 30% Gewerbesteuer nur 5% gezahlt. All dies wird ermöglicht durch Steuer-Engineering. Dazu kommen geschätzte 82 Milliarden Euro an Steuerhinterziehung.

2.3 Aktuelle Situation in Spanien

2.3.1 Arbeitslosigkeit

Spanien hat die zweithöchste Arbeitslosenquote in der EU nach Griechenland (April 2013 27,16%). Im November 2012 war 52% der Jugend unter 25 Jahren arbeitslos. Zwischen 2008 und 2012 sind 3 Millionen Arbeitsplätze abgebaut worden. 2012 hatten 61% der Arbeitnehmer unter 25 Jahre kurzfristige Verträge. Dazu gehörten auch 1-Wochen-Verträge. Diese kurzfristig angestellten Arbeitnehmer fallen aus der Arbeitslosenstatistik raus. Spanien hatte 2012 nach Polen den größten Anteil kurzfristiger Verträge in der EU. Von mehr als 5 Mio. Arbeitslosen bekommen in Spanien mehr als 2 Mio. kein Arbeitslosengeld. Es gibt 1.800.000 Haushalten mit Erwachsenen ohne Einkommen. Überleben können diese Haushalte nur mit Unterstützung der Familie und Caritas (2011: 1.000.000 Menschen wurden von Caritas ernährt).

2.3.2 Zwangsräumungen

Mittlerweile wurden in Spanien 400.000 Wohnungen geräumt. Diese Maßnahmen wurden vom Europäischen Gerichtshof wegen dem mangelnden Schutz der Bürger für illegal erklärt.

Aktuell werden pro Tag 500 Immobilien zwangsgeräumt. In Deutschland sind Immobilien die Kreditsicherheit und müssen bei Zahlungsunfähigkeit zurückgegeben werden. In Spanien dagegen schätzen die Banken den Wert der Immobilien, dabei oft weniger als 50% des realen Wertes, und die Familien müssen die Immobilien zurückgeben und zusätzlich den Restbetrag plus Zinsen zahlen. Das führte in Spanien zu einer Reihe von Suiziden.

2.4 Maßnahmen der spanischen Regierung

Um der sozialen Krise entgegenzuwirken hat die spanische Regierung eine Reform des Arbeitsmarktes gestartet. Diese bedeutet in der Praxis weniger Schutz für Arbeitnehmer und Beschränkungen der Tarifverträge. Die Arbeitslosigkeit ist seit der Reform gestiegen. Da Spanien unter den Rettungsschirm kommt, muss die Regierung Sparprogramme verabschieden. Brüssel bzw. die EU verlangt stärkere Kürzungen. Dazu gehören auch Steuererhöhungen, Kürzungen im Renten- und Sozialbereich, das Hochsetzen des Renteneintrittsalters und Privatisierungen.

Zudem versucht die spanische Regierung der Arbeitslosigkeit mit Projekten wie dem Eurovegas-Modell entgegenzuwirken. Eurovegas ist ein riesiges Spielcasino von Las Vegas Corp., das in Madrid gebaut werden und viele Arbeitsplätze schaffen soll. Dazu gehören hauptsächlich kurzfristige Arbeitsplätze im Bausektor. Madrid verspricht dafür Steuersenkungen für Spielcasinos und Investitionen der Regierung. Das würde heißen, Las Vegas Corp. muss die Gewinne nicht in Spanien versteuern, sondern kann sich ein Land dafür aussuchen. Eurovegas verlangt zudem niedrigere Löhne, günstige ausländische Arbeitskräfte und weniger Schutz für Arbeitnehmer und keine Sozialversicherungsverträge. Von Kritikern wird zudem Geldwäsche befürchtet, da gegen Las Vegas Corp. bereits in den USA ermittelt wird.

2.5 Soziale Bewegungen und Widerstand

Viele aktuelle Bewegungen in Spanien werden von jungen Leuten getragen, die vorher unpolitisch waren und während der Boom-Jahre kein Interesse für Politik zeigten.

Die 15M Bewegung ist am 15. Mai 2011 entstanden. Einen Monat lang waren in mehr als 60 spanischen Städten Plätze besetzt. Allein in Madrid versammelten sich 50.000 Menschen. Mehrere der Versammlungen wurden von der Polizei gewaltsam geräumt. Der Grund der Proteste war, dass die Verursacher der Krise (Banken und Vermögen) mit Milliarden gerettet wurden, die normalen Bürger jedoch Häuser, Arbeit und Sozialleistungen verloren. 15M am 15. Mai 2011 war der Ideengeber für Occupy am 15. Oktober 2011.

Die Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH) (Bündnis der Kreditopfer) ist eine radikale Bewegung mit direkten Aktionen. Sie hat sich zur Vermeidung von Zwangsräumungen gebildet. Tausende Familien leben dank der PAH noch zu Hause. Die spanische Regierung jedoch versucht, die PAH mit der terroristischen Gruppe ETA in Verbindung zu bringen, die praktisch nicht mehr existiert. PAH hat einen Gesetzesvorschlag formuliert: Wenn Familien Kredite nicht zahlen können, geben sie die Immobilien zurück und sind damit schuldenfrei. Diese Vorgehensweise findet ebenfalls in Deutschland statt und soll auch rückwirkend für jetzige insolvente Familien gelten. Die spanische Regierung wird sich höchstwahrscheinlich nicht darauf einlassen, da ein solches Gesetz einen Werteverlust in den Bilanzen der Banken bedeuten würde. Die Regierung kriminalisiert zudem die Bewegungen mit Strafzetteln um 350 Euro für Protestteilnehmer, was sich junge Menschen ohne Arbeit nicht leisten können.

Die Mareas (Fluten) ist eine nach Farben aufgeteilte Bewegung, die gegen Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen kämpft. Grün steht für Ausbildung, also gegen die Privatisierung von Ausbildungen. Weiß ist für das Gesundheitswesen und gegen Krankenhausprivatisierungen und blau steht für den Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung.

Stand: Juni 2012

3. Literaturangaben

Karras, Anne / Stierle, Steffen, *EuropaKrise – Wege hinein und mögliche Wege hinaus*, VSA: Verlag Hamburg, 2011

Zeitung El País vom 30. Mai 2013

Caritas: http://www.caritas.es/noticias_tags_noticiaInfo.aspx?Id=6475

Deutsche Wirtschafts Nachrichten: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/02/11/euro-vegas-spanien-will-kuenstliche-kasino-metropole-bauen/>

Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/spanien-zwangsraeumungen-verstossen-gegen-das-eu-recht-a-888861.html>

Frankfurter Allgemeine: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/spanien/spanische-immobilienkrise-400-000-familien-mussten->

[wohnungen-raeumen-11954507.html#Drucken](http://www.wohnungen-raeumen-11954507.html#Drucken)

ABC: <http://www.abc.es/economia/20130227/abci-temporalidad-juvenil-espana-201302262144.html>

20 minutos: <http://www.20minutos.es/noticia/1725707/0/eurovegas-alcorcon/impuestos-tabaco/casinos-isla-legal/>

El País: <http://blogs.elpais.com/cafe-steiner/2012/04/espa%C3%B1a-decima-potencia-mundial-en-fraude-fiscal.html>
http://economia.elpais.com/economia/2013/04/02/actualidad/1364929407_967760.html

Cinco Dias: http://www.cincodias.com/articulo/economia/empresas-pagan-vez-impuestos/20121211cdscdseco_10/

Öffentliche Verschuldung: <http://wko.at/statistik/eu/europa-verschuldung.pdf>

El Mundo: <http://www.elmundo.es/elmundo/2013/05/08/economia/1368027870.html>

Hisparometro: <http://www.1mayo.ccoo.es/nova/NPortada?CodPortada=1155>

El País: http://economia.elpais.com/economia/2012/03/07/actualidad/1331138812_545297.html

Fundación 1º del Mayo: <http://www.1mayo.ccoo.es/nova/files/1018/Informe50.pdf>

Eurostat: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=en&pcode=tipspd10>

Frankfurter Rundschau: <http://www.fr-online.de/arbeit---soziales/euro-krise-in-spanien-arbeitslosigkeit-erreicht-rekordniveau,1473632,22581728.html>

WirtschaftsWoche: <http://www.wiwo.de/politik/europa/eurokrise-spanien-wird-immer-mehr-schulden-machen-muessen/8218384.html>

Tagesschau: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/spanienbanken108.html>

Vortrag Matteo Guainazzi vom 12.04.2013 in Marburg.